

Pressemappe: Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

28.08.2013 | 19:25:00 | ID: 15880 | Ressort: [Verbraucher](#) | [Verbraucherschutz](#)

Minister Backhaus: Keine Gefahr für Trinkwasser durch Uran in M-V

[Schwerin](#) (agrar-PR) -

"Für die Vermutung, dass die erhöhten Uran-Gehalte im Grund- und Trinkwasser aus mineralischen Phosphordüngemitteln stammen, gibt es nach wie vor keine belastbaren Erkenntnisse", betont Mecklenburg-Vorpommerns Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Till Backhaus zum Vorwurf der Grünen, Uran gefährde die Grundwasserspeicher in Mecklenburg-Vorpommern.

Bereits seit 2004 werden in M-V – ausgehend von ersten erhöhten Uran-Befunden im Trinkwasser – Untersuchungen am Grund- und Trinkwasser, aber auch an Oberflächengewässern vorgenommen. Hintergrund ist die chemisch-toxische Wirkung des Urans. Das vergleichsweise häufig vorkommende Schwermetall ist in der Erdkruste mit ca. 2,4 mg/kg stärker vertreten als z.B. Cadmium, Zinn, Quecksilber oder Selen. In der aquatischen Umwelt ist Uran überall verbreitet. Es wird in Flüssen, Meeren und eben auch im Grundwasser gefunden.

"Um betroffene Wasserversorger, Gesundheits- und Wasserbehörden, wissenschaftliche Fachbehörden und Verbände wegen des komplizierten Sachverhalts an einem Tisch zu haben, habe ich 2009 die Arbeitsgruppe "Uran im Grund- und Trinkwasser in M-V" ins Leben gerufen", erläutert der Minister.

Vieles deutet darauf hin, dass das in den untersuchten Grund- bzw. Trinkwässern enthaltene Uran natürlichen Ursprungs, d. h. geogen sei. Die konkreten Mechanismen, die zu einer verstärkten Aufnahme dieses geogenen Urans aus dem Boden in das Grundwasser führen, sind allerdings bislang weitgehend unerforscht. Hierzu führt das LUNG mit der TU Clausthal weitergehende Untersuchungen durch; Ergebnisse werden für das erste Quartal 2014 erwartet.

"Die Kenntnislage zu den Uran-Konzentrationen im Grund- und Trinkwasser sowie in anderen Umweltmedien unseres Bundeslandes ist sehr umfassend", so der Minister. Für die Überwachung der Grundwasserqualität betreibt das LUNG ca. 270 Grundwassermessstellen; das angewendete Analysenspektrum umfasst bis zu 250 verschiedene Parameter – von der Temperaturmessung vor Ort bis zu einzelnen Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika.

"Zur Abklärung möglicher Ursachen für die erhöhten Uran-Gehalte im Grund- und Trinkwasser wurden Boden-, Düngemittel- und Klärschlammproben auf Uran sowohl chemisch als auch radiologisch analysiert", erläutert Dr. Backhaus. "Die gemessenen Boden-Werte liegen im Bereich der natürlichen Grundgehalte von Uran in Gesteinen, d.h. sie zeigen keine bzw. keine nennenswerte Erhöhung, die auf eine Nutzung zurückzuführen ist."

Auch wurden Düngemittel, die typischerweise in M-V eingesetzt werden, untersucht. Dabei fanden sich die höchsten Uran-Gehalte in den mineralischen Phosphordüngemitteln. Dies liegt im Rohphosphat begründet, welches je nach Herkunft/Lagerstätte unterschiedlich stark mit Uran angereichert ist. Das bedeutet aber nicht, dass sich diese hohen Gehalte zwangsläufig im Grundwasser wiederfinden. Die Böden können in der Regel wegen ihrer guten Filter- und Puffereigenschaften Schwermetalle wie das Uran sehr gut festhalten, so dass das Grundwasser sauber bleibt.

Außerdem wurden Bilanzierungen zum zusätzlichen Uran-Eintrag durch Düngemittel im Vergleich zum Uran-Gehalt des Bodens unter Berücksichtigung der üblichen Düngepraxis vorgenommen. "Die Ergebnisse sprechen eher gegen Düngemittel als wesentliche Quelle, so dass Restriktionen gegenüber diesen Düngern zurzeit nicht angebracht sind."

Die Vorstellung, eine komplette Umstellung auf extensive Landwirtschaft könne das Problem eindämmen, sei falsch. Aufgrund der im Vergleich zum konventionellen Landbau niedrigeren Erträge sind die Stickstoffabfuhr im Öko-Landbau zwar deutlich geringer. Gleichzeitig werden mit der gewollten Stickstoffbindung aus dem Leguminosenanbau und der höheren organischen Düngung nicht unerhebliche Mengen an Stickstoff auf die Flächen gebracht. In der Summe können deshalb die Nitrat-Bilanzüberhänge eines ökologisch wirtschaftenden Betriebes das gleiche Niveau erreichen wie viele konventionelle Betriebe.

Der Minister unterstreicht: "Das Trinkwasser in M-V kann gefahrlos genossen werden, da die Wasserversorgungsunternehmen gesetzlich dazu verpflichtet sind, nur Trinkwasser abzugeben, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht. Das bedeutet, dass der Uran-Grenzwert von 10 µg/l nicht überschritten werden darf. Dieser Grenzwert bietet allen Bevölkerungsgruppen, Säuglinge eingeschlossen, gesundheitliche Sicherheit vor möglichen Schädigungen."

Hintergrund

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat zu dem Thema die Uni Gießen mit wissenschaftlichen Studien zum Anreicherungsverhalten von Uran im Boden sowie ökotoxikologische Untersuchungen zu Uran im Boden beauftragt.

Die Ursachenforschung wird sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene weiter vorangetrieben.

Ein von der Arbeitsgruppe "Uran im Grund- und Trinkwasser in M-V" erarbeiteter ausführlicher Bericht steht frei zugänglich auf der Homepage des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (LUNG) zur Verfügung:

http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/arbeitsbericht_uran_mv_2012.pdf

Pressekontakt

Frau Michaela Ludmann

Telefon: 0385/588-56411 E-Mail: statistik.presse@statistik-mv.de



[Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern](#)

Paulshöher Weg 1 19061 Schwerin Deutschland

Telefon: +49 0385 588-0 Fax: +49 0385 588-6024(25)

E-Mail: poststelle@lm.mv-regierung.de Web: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung> >>> [Pressefach](#)